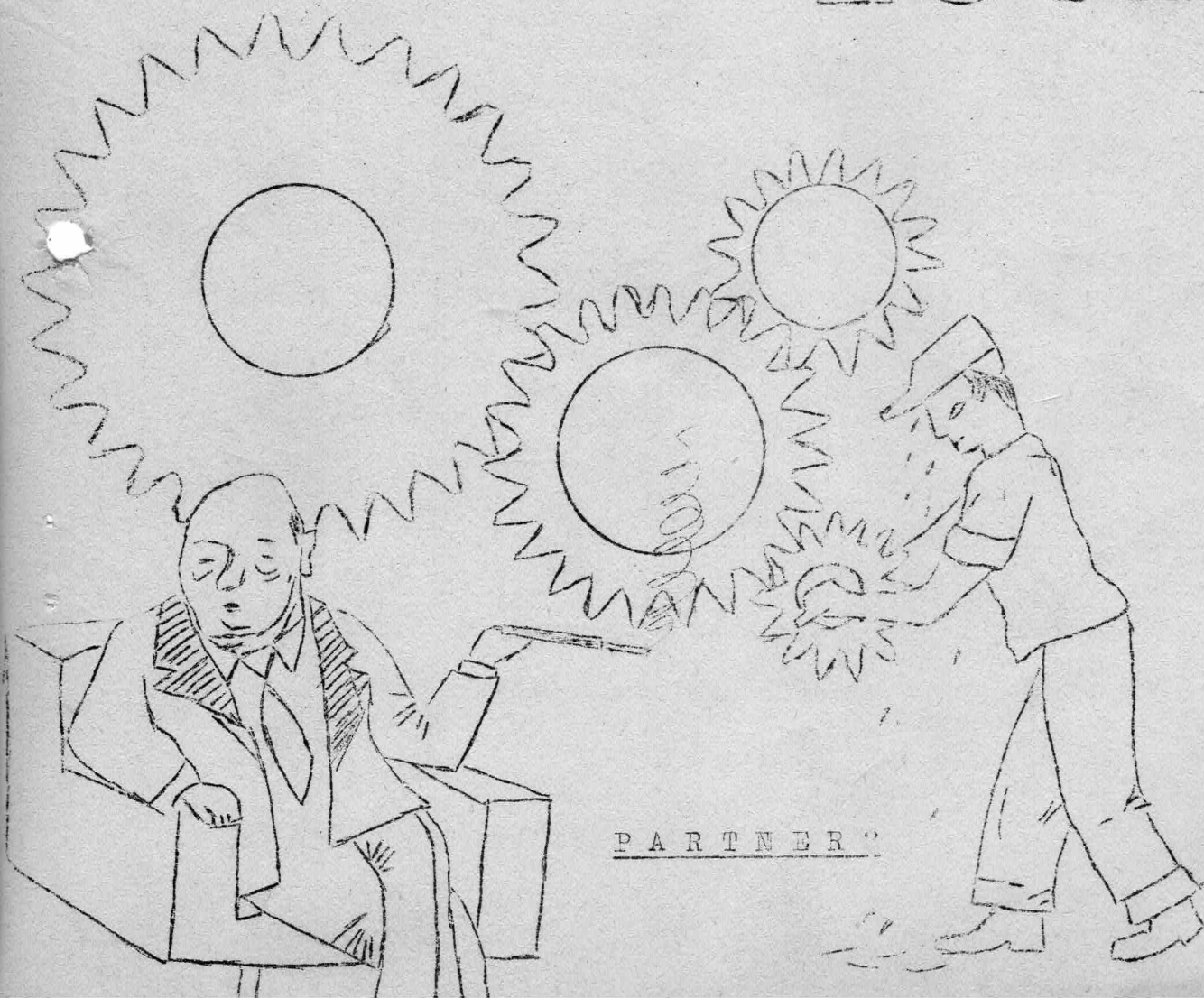


16.2.1970

HALINI 5

Klim loim



Warum Körber... 2

Körber will den Bergedorfern und "seinen" Arbeitern vorspielen, er sei ein vorbildlicher Demokrat. Weil die ApO, weil Sozialisten und Kommunisten wirkliche Demokratie wollen, werden sie besonders hellhörig, wenn ein Unternehmer sich als Superdemokrat aufspielt. Und Körber ist doch viel fortschrittlicher, sozialer und damit scheinbar demokratischer als alle Bergedorfer Unternehmer. Aber gerade darum ist es Pflicht jedes wahren Demokraten, solche "Vorbilder" besonders kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Körber macht fast alles, wenn es ihm nur zwei Zeilen in der Presse einbringt. Körber muß entlarvt werden, andere entlarven sich selber. Damit will er vergesehen machen, daß er wie jeder andere Unternehmer auf Kosten der Arbeiter lebt. Das beweist, daß er kein Demokrat ist.

In einer Demokratie, in einer Volksherrschaft, können nicht einige wenige Unternehmer über die vielen Arbeiter bestimmen, ihnen die lächerlichsten Kleinigkeiten vorschreiben, gar auf Kosten der Arbeiter ein feines Leben machen.

In einer Volksherrschaft wäre es unmöglich, daß sich ein paar Privatpersonen, eben die Unternehmer, mit dem von den Arbeitern erarbeiteten Kapital aufspielen als einfallreicher Stifter, großzügiger Mäzen, moderner Gefangenenfürsorger usw., wie Körber das laufend tut. Das soll dann so aussehen, als ob Körber sich selbstlos ums Allgemeinwohl kümmere. Auf Kosten anderer ist das leicht. Bloß, wo Unternehmer bestimmen, können Arbeiter, das ist klar, nicht bestimmen. Unternehmerherrschaft schließt also Volksherrschaft aus. Körber als Unternehmer kann daher kein Demokrat sein. Körber weiß das, darum will er auch nicht als "Unternehmer" angesprochen werden.

Körber ist aber nicht der einzige, der Arbeiter für sich arbeiten läßt. Unsere Gesellschaftsordnung nützt allen Unternehmern, weil die Verhältnisse in der Bundesrepublik von den Unternehmern beeinflußt werden. Darum werden wir uns auch die anderen Bergedorfer Betriebe vornehmen. Die Unternehmerherrschaft muß beseitigt werden.

Was meinen Sie dazu?

Ganz allgemein, wir sind jederzeit für Kritik empfänglich.

Man kann uns alles schreiben, selbstverständlich auch anonym.

Bitte an folgende Adresse:

Walter Simon
205 Hamburg 80, Kampchaussee 6-8

AP0

Brandstifter?

Körper will die Ap0 fertig machen. Dem selbsternannten Hauni-Chef, K.A. Körper, scheint es an Argumenten gegenüber den Analysen und Forderungen der sozialistischen Opposition zu fehlen. Was wunder, es gibt auch keinen vernünftigen Grund, die "Demokratie", wie sie die eigenmächtigen Wirtschaftsführer und Großkonzerne verstehen, weiterhin bestehen zu lassen. Deswegen wird immer mehr Leuten in der Bundesrepublik klar, daß die Sozialisten Recht haben mit ihren Forderungen:

Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Selbstbestimmung!

Wie die Geschichte Deutschlands zeigt, haben aber die Kapitalisten immer wieder versucht, die Sozialisten als Bürgerschreck hinzustellen, indem sie ihnen alle möglichen Verbrechen in die Schuhe schoben. Dabei wollten sie nur von der Tatsache ablenken, daß ihr Privateigentum an den Fabriken, Grundstücken und Miethäusern und damit die Herrschaft über entscheidende Bereiche des menschlichen Lebens, ein viel größeres Verbrechen darstellt, wenn man ihren so oft vorgebrachten Beteuerungen von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" Glauben schenken will, wenn man Demokratie wirklich ernst nimmt.

Daß die Großkapitalisten in Deutschland die beiden Weltkriege verschuldet haben, ist inzwischen von international anerkannten Geschichtsforschern eindeutig nachgewiesen worden. Diese Fabrikherren und Großgrundbesitzer (und die von ihnen beeinflusste und kontrollierte Staatsbürokratie) kalkulieren gewissenlos die Massenschlächtereien auf den Schlachtfeldern und in den KZ's ein für ihre Privatinteressen.

Ungefähr 60 Millionen Menschen, so viel wie die Bundesrepublik Einwohner hat, kamen im Vorlaufe der beiden Kriege um. Zusammen wurden 956 Milliarden Goldmark im Ersten Weltkrieg für den Massenmord, umgerechnet 6.000 Milliarden DM im Zweiten dafür ausgegeben. Die Bevölkerung blutete und zahlte, die Großkapitalisten (besonders natürlich die Herren der Rüstungsindustrie, wie damals auch Körper) verdienten. Heute sitzt in der Bundesrepublik wieder ein großer Teil der gleichen Leute (wie auch Körper) am Ruder. Das werden wir mal genauer in einem späteren Artikel behandeln.

Diese ehrenwerten Herren also, die teilweise direkt verantwortlich für die größten Verbrechen seit Menschengedenken sind, maßen sich an, über die "gewöhnlichen" Verbrechen solch ein Aufhebens zu machen, wie man also weiß, um von ihren eigenen abzulenken. Aber selbst diese "gewöhnlichen" Verbrechen der kleinen Gangster an den gewöhnlichen Leuten können nicht den Sozialisten in die Schuhe geschoben werden. Denn Sozialisten sind nicht an persönlicher Bereicherung auf Kosten anderer interessiert. Noch weniger können Sozialisten an der Zerstörung von Fabriken und Häusern interessiert sein, denn schließlich fordern sie ja die Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum.

Und das ja in all den Fällen, wo bisher durch den Alleinbesitz andere Menschen ungerechterweise von anderen abhängig wurden. Körber weiß das alles. Aber auf der Betriebsversammlung am 23.12.1969 sprach Körber über die zwei Bergedorfer Brandstiftungen im vergangenen Jahr; und in diesem Zusammenhang redete er auch von Utopisten und Anarchisten, womit er offensichtlich die ApO meinte. Dann erzählte er voller Empörung, daß es zum ersten Mal in all den Jahren nach dem Krieg nötig geworden sei, überall im Betrieb Brandwachen aufzustellen. Körber scheut sich nicht, wieder ins gleiche Horn zu tuten, mit dem sich die Unternehmer-Presse so schön blamiert hat. Denn die Hetzartikel gegen die ApO anlässlich des Behr-Brandes haben sogar die "Bergedorfer Zeitung" vom 19.8.1969 zu folgender Einsicht veranlaßt, nachdem alle Anschuldigungen gegen die behaupteten Brandstifter von der ApO sich als völlig unbegründet erwiesen hatten:

"Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die ApO sich wehrt und behauptet, daß die demokratische Opposition mit Nazimethoden zerschlagen wird und daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen soll, daß alles, was der ApO angehört, kriminell sei."

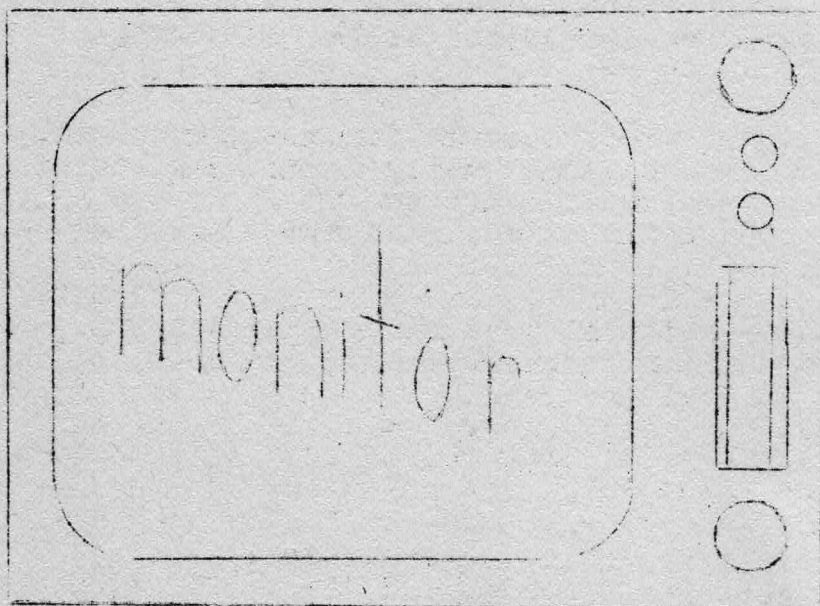
Daß Körber trotzdem wieder auf die gleiche Karte setzt zeigt, daß es mit den "demokratischen, rechtsstaatlichen Formen" nicht so weit her ist. Das hat die "BZ" damals auch festgestellt. Das heißt nichts anderes, als daß die "Demokratie" nur solange von den Kapitalisten unterstützt wird, solange deren Profite und Interessen nicht gefährdet werden. Gefährdet werden können sie aber nur durch die vollständige Demokratisierung aller Lebensbereiche, die auch die Wirtschaft der Kontrolle und Leitung der Bevölkerung unterwirft. Dies aber muß wohl mehr im Interesse der Bevölkerung liegen als die Alleinherrschaft des Kapitals, des Unternehmers. Um "seinen" Betrieb vor der unerwünschten Demokratie zu schützen, will Körber Gewährsleute gegen "ApO-Zellen" im ganzen Betrieb verteilen. Diese Leute sollen die Arbeiter bespitzeln, die gemäß dem wahren Interesse aller Arbeiter über gerechte Bezahlung, über viel mehr Lohn also, über mehr Urlaub, über kürzere Arbeitszeit, über Offenlegung der Bilanzen und der Kalkulation, über vernünftige Ausbildung usw. reden.

Dies alles, was die Arbeiter betrifft und was sie folglich interessiert, könnte befriedigend nur unter ihrer eigenen Leitung gelöst werden. Körber ist verständlicherweise nicht in der Lage, das zu begreifen. Denn er tut diese berechnete Forderung der ApO einfach damit ab, daß er sie als Utopisten bezeichnet. Vielleicht ist es aber nur die gewöhnliche Unverschämtheit der Kapitalisten, wenn er den Arbeitern damit weismachen will, daß die Arbeiterdemokratie unerfüllbare Utopie sei. Andererseits scheint sich Körber der Herrschaft des Kapitals noch recht sicher zu fühlen. Denn wenn er die Sozialisten als Anarchisten beschimpft, drückt er damit aus, daß er sich überhaupt gar keine andere Herrschaft als eben die seiner Klasse vorstellen kann. Anarchie heißt nämlich "ohne Herrschaft".

Aber die Arbeiter und die bisher nur regierte Bevölkerung können sich sehr wohl einen Staat ohne Unternehmerherrschaft vorstellen. Die Sozialisten ziehen daraus die Konsequenzen. Sie kämpfen mit Wort und Tat für die Herrschaft der bisher Benachteiligten, damit für die Herrschaft des allergrößten Teils der Bevölkerung.

"Demokratie" das heißt "Herrschaft des Volkes". Die Sozialisten und nicht Herr Körber & Co. kämpfen für wahre Demokratie, für die sozialistische Demokratie.

heute



20 15 H A U N I - Arbeiter und die Bergedorfer Sozialistische
Opposition im F E R N S ' E H E N (WDR I. Programm)

Sicher werdet Ihr Euch gewundert haben, daß Ihr am Freitag, den 6.2. von einem Fernsichteam gefilmt und interviewt worden seid.

Wie kam es dazu ?

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) wollte in seiner Sendung " Monitor " einen Beitrag über die " Apo - heute " aufnehmen. Anhand der Bergedorfer Sozialistischen Opposition sollte die praktische und theoretische politische Arbeit einer Stadtteilgruppe dargestellt werden.

Da die Hauni der Betrieb ist , bei dem wir am stärksten engagiert sind, wurde es von Bedeutung ,die Auswirkungen unserer politischen Arbeit durch Interviews zu ermitteln.

Das Aufnahmeteam des WDR , das die Hauni-Arbeiter und - Angestellten nach ihren Eindrücken über die sozialistische Opposition befragen wollte , erhielt von der Geschäftsleitung die Mitteilung , daß im Werk nicht gefilmt werden könne , da " Umbauarbeiten" dies verhinderten. Was ~~ist~~ mit diesen sog. Umbauarbeiten auf sich hat, wird wohl am besten durch folgendes Beispiel verdeutlicht :

Als vor einigen Monaten in den Hauni-Werken Aufnahmen für die Sendung " ZDF - Magazin" gemacht wurden ,bemühte sich gleichzeitig ein anderes Filmteam um die Erlaubnis, Aufnahmen für die Sendung " Panorama" in den Hauni-Werken machen zu dürfen. (Es handelte sich hier um die Aufnahmen für die Panorama - Sendung " Zwischen Wohlstand und Klassenkampf " , in der junge Arbeiter aus verschiedenen Betrieben miteinander diskutierten) .

Während die Arbeit des unternehmerfreundlichen " ZDF-Magazins " ungestört gedieh, wurde dem Team ,welches für die kritische Sendung Panorama filmen wollte, das Verbot erteilt , in den Hauni-Werken zu filmen, da ,wie die Geschäftsleitung sagte, wegen " Umbauarbeiten" Filmaufnahmen nicht möglich seien !

Die Geschäftsleitung hat mit fadenscheinigen Begründungen versucht , die Arbeiter und Angestellten daran zu hindern, ihre Meinung vor der Kamera zu vertreten . Deutlicher kann die Geschäftsleitung sich nicht mehr entlarven !

Erst dadurch , daß das Fernsichteam die Angestellten und Arbeiter v o r dem Werkvorstand befragte, wurde das Ziel der Befragung erreicht :

Die freie Meinungsäußerung der Arbeiter und Angestellten über ihr Verhältnis zur Sozialistischen Opposition .

Die Auswertung aller aufgenommenen Interviews , von denen das Aufnahmeteam aus zeitlichen Gründen nur vier im Fernsehen veröffentlicht , hat gezeigt , daß unsere politische Arbeit einen konkreten Erfolg aufzuweisen hat. Nämlich den Abbau alter Vorurteile und die Bereitschaft für eine vernunftgeprägte sozialistische Argumentation.

Wenn Ihr den Film heute abend seht, so muß noch dazu gesagt werden, daß uns nur 185 Sekunden zur Verfügung standen, in denen wir einen Einblick in unsere Arbeit auf dem Produktionssektor geben konnten.

P.S. Kritisiert uns !

Schickt Eure Kritik an die Kampfbühne 6- 8 ,
an den Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe

über Stiftungen

Wir haben uns Mühe gegeben, im Gesetzbuch einmal die Paragraphen zu entschlüsseln, die sich mit Stiftungen befassen. Das ist gar nicht so einfach. Sicherlich nicht ohne Grund sind die Paragraphen so verwickelt und verwirrend. Ein Arbeiter, der sich die Mühe macht, in einem Steuergesetzbuch nachzulesen, könnte ja entdecken, daß die Steuergesetze für die Reichen gemacht sind. Z.B. je mehr ein Arbeiter verdient, desto mehr Steuern muß er zahlen. Beim Unternehmer ist das nicht so. Wenn sein Einkommen größer wird, so muß er im Verhältnis zum Arbeiter weniger Steuern abgeben. D. h., wenn viele Arbeiter 100.000,-- DM mehr und ein Unternehmer auch 100.000,-- DM mehr verdienen würde, so müßte die Arbeiter 2 1/2 mal soviel Steuern dafür zahlen wie der Unternehmer. Das ist so, weil die Lohnsteuer im Verhältnis zur Lohnerhöhung stärker wächst als die Einkommenssteuer zur Steigerung des Unternehmereinkommens.

Das ist aber nicht der einzige Vorteil, den ein Unternehmer hat.

Die Reichen wie Körber leisten sich einen Steuerberater, der ihnen hilft, das Gesetzbuch zu verstehen. Dieser Steuerberater zeigt ihnen, wo und wie sie noch Steuern einsparen können. Sehr geeignet ist dafür eine Stiftung.

Körber macht durch den Fleiß seiner Arbeiter sehr große Gewinne. Dafür müßte er natürlich Steuern zahlen. Das paßt ihm aber nicht, darum spielt er sich als großzügiger Stifter auf. Jeder denkt, daß er das Geld, das er für die Allgemeinheit stiftet, verschenkt. Aber das stimmt nicht. Er kann wie zuvor über dieses Vermögen bestimmen. Er kann sagen, daß z.B. davon Maschinen für seinen Betrieb gekauft werden, damit er noch mehr Gewinn, noch mehr Profit einstecken kann. Aber er muß für dieses Vermögen keine Vermögenssteuer zahlen.

Das ist noch nicht alles. Körber kann Grundstücke an die Stiftung übertragen. Er muß für diese Grundstücke dann keine Grundsteuer bezahlen. Mit ziemlicher Sicherheit haben wir auch festgestellt, daß er für das Geld der Stiftung, das er gegen einen geringen Zinssatz für die Hauni-Werke verwendet, eine Menge anderer Steuern spart, z.B.: Gewerbesteuer, Kapitalertragssteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer und Lastenausgleichs-abgaben.

Nun wird der Arbeiter sicher fragen, wo bei soviel Eigennutz durch die Stiftung noch die Gemeinnützigkeit bleibt. Damit die Stiftung ihren Zweck erfüllen kann, Altersheime zu bauen, Wohnheime und dergleichen, ist Körber gesetzlich nur verpflichtet, ihr die Zinsen zu lassen, die das Vermögen einbringt, das er der Stiftung "geschenkt" hat. Man könnte sagen, Körber hat Kapital an eine Stiftung übergeben, damit es steuerfrei wird. Dieses Geld leiht er

sich dann sozusagen aus gegen Zinsen. Diese Zinsen werden für die eigentlichen Stiftungszwecke verwendet.

Oberflächlich gesehen verschenkt er sehr viel Geld; in Wirklichkeit aber nur diese Zinsen. Aber diese sind unseren Erkundungen nach durch die Steuerersparnisse größtenteils herausgeholt.

Stiftungen haben also den Vorteil, den Eindruck zu erwecken, daß sich jemand besonders um die Allgemeinheit verdient macht. Wie aber hat derjenige, der etwas stiftet, das Geld, das Kapital dazu erwerben können? Dadurch nämlich, daß er einen Teil der Allgemeinheit, die Arbeiter, ausgenutzt hat. Er läßt sich seine Großzügigkeit also von der Allgemeinheit bezahlen. Zum anderen entzahlt der Stifter durch seine "Großzügigkeit" der Allgemeinheit, der Gesellschaft die Steuern. Die Verwendung der Steuern aber unterliegt in gewisser Weise noch einer demokratischen Kontrolle. So beeinflusst der Unternehmer öffentliche Angelegenheiten in seinem Interesse.

Wie gesagt, für uns war es nicht einfach, etwas über die steuerliche Behandlung einer Stiftung herauszufinden. Herr Körber aber weiß über seine Stiftung Bescheid. Wenn er wirklich ein so vorbildlicher Demokrat ist, muß er daran interessiert sein, "seine" Arbeiter zu informieren.

Er muß sie darüber informieren, was mit dem Geld, das er an die Stiftung gegeben hat, im einzelnen geschieht, denn sie, die Arbeiter, haben es erarbeitet. Und daher interessiert es sie.

Arbeitskreis

Wirtschaft und Betriebe

Im Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe der SOZIALISTISCHEN OPPOSITION BERGEDORF treffen sich regelmässig donnerstags Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte und Hausfrauen. Es werden dort die Probleme der im Produktionsbereich tätigen diskutiert. Die Diskussionen sind öffentlich. Jedermann ist herzlich eingeladen an unseren Diskussionen teilzunehmen.

Wir treffen uns jeden Donnerstag, 20 Uhr, Kampchaussee 6-8. Telefonische Auskunft wird unter der Nummer 7 21 61 41 erteilt.

Die MACHT des KAPITALS

Die Luisenschule war ehemals eine Privatschule. Sie wurde vom Bürgertum für das Bürgertum gebaut. Sie ist auch heute noch vom Wald und Bergedorfer Villenviertel umgeben.

Heute ist die Luisenschule eine sog. "öffentliche" Schule. Doch das Wprt "öffentlich" soll nur den Charakter dieser Schule verschleiern: die Luisenschule ist eine Bürgerschule!- Nur jedes 10. Mädchen bzw Junge (in den unteren Klassen sind auch Jungen) kommt aus der Arbeiterklasse. Die Bergedorfer Bevölkerung besteht aber zu 2/3 aus Arbeitern. Wieso sind dann nicht auch 70% der Luisenschülerschaft Arbeiterkinder? Etwa - weil sie weniger begabt sind? NEIN, sondern weil die Bildungschancen für Arbeiterkinder viel schlechter sind als für Kinder z.B. aus dem Mittelstand.- Die Tochter von Direktor Tenter oder Unternehmer Dietrichs (Hein & Dietrichs) hat ganz andere Möglichkeiten als unsere und Ture Kinder!

Arbeiter können sich es nur unter größten Anstrengungen leisten, ihre 2 bis 3 Kinder 13 Jahre lang zur Schule zu schicken. Fast jedes Kind aus dem Mittelstand hat sein eigenes Zimmer, sodaß es ungestört arbeiten kann. Arbeiterkinder aber haben weder die räumlichen Möglichkeiten für eine konzentrierte Arbeit noch haben sie auch oft die nötige Zeit, weil viele auf ihre jüngeren Geschwister aufpassen müssen, weil ihre Mütter ebenfalls arbeiten - müssen!

Das Wort "öffentlich" täuscht aber einen nicht nur bez. der Zusammensetzung der Luisenschülerschaft, sondern auch hinsichtlich der Macht über diese Schule. Nicht die Öffentlichkeit, d.h. die Arbeiter, bestimmen dort das Geschehen, sondern ein kleiner Kreis sog. "angesehener" Bürger.

Studienrat Arthur Flemming gab einen fortschrittlichen Unterricht. So sieht er z.B. den Schüler als gleichberechtigten Partner an. Sein demokratisches Verhalten brachten ihm die Sympathien der meisten Luisenschülerinnen ein. Er wurde im letzten Jahr von der gesamten Schülerschaft zum Vertrauenslehrer gewählt!

Flemming versuchte den Schülerinnen ein kritisches Bewußtsein zu vermitteln. Aber das Bergedorfer Bürgertum wollte die Luisenschule weiter in tiefer Friedhofsruhe wissen.

Folglich setzten sich diese Kreise zum Ziel, den Sozialisten Arthur Flemming loszuwerden. Zum Anlaß nahmen sie einen - weiß Gott - harmlosen Artikel zum Sexualkundeunterricht, den Flemming mit 4

te.

Die Kreise bleisen zum Sturmangriff. An ihrer Spitze standen die beiden Elternratsvorsitzenden Dr.med.Henne und Dipl.chemiker Dr. Erdmann, hinter denen eine Clique von Ärzten - Dr.Otto, Chefarzt im AK, Dr.Stuht und Arzneimittelvevertreter Dimmel -, eine Clique von katholischen Kirchenvorständlern - Longinus und Unternehmer Dietrichs - und die evangelischen Pastoren Schumann und Brandes stehen. Sowohl Ärztestand als auch Geistlichkeit gehören schon immer zu den in der bürgerlichen Gesellschaft mächtigen Kreisen. Mächtig aber sind diese Kreise nur, weil sie Geld, Grundbesitz usw haben.

Soe erreichen ihr Ziel: Flemming wird strafversetzt und mit ihm wird die Schülerin Christa Eckes von der Schule verwiesen, um Ruhe und Ordnung durch diese Abschreckung unter den Schülerinnen wiederherzustellen. Die Schulbehörde entsprach dieser kleinen Elternclique, OBWOHL 1. die Oberstufenschülerinnen am 7.1. mit 237 von 240 Stimmen die sofortigen Wiedenzulassung Flemmings an die Luisenschule forderten; OBWOHL 2. die eindeutige Mehrheit derjenigen Eltern sich für ein Verbleiben von Flemming aussprach, deren Kinder Flemming unterrichtet hatte. Oberschulrat Schütz versicherte sich des Stillhaltens des Millionärs Consul Behrens aus Boberg, der sich anfangs ebenfalls für Flemming ausgesprochen hatte.

DIESER FALL ZIEGT DEUTLICH DIE RICHTIGKEIT DER SOZIALISTISCHEN ANALYSE DES STAATES, NÄMLICH DAB DER STAAT NUR DIE INTERESSENS-
VERTRETUNG DER KAPITALISTISCHEN KREISE IST !

Nach unseren Informationen will nun auch die DKP eine Betriebszeitung für die Hauni-Werke herausgehen. Wir bedauern diese Herausgabe und weisen darauf hin ,daß wir mit dieser Zeitung nichts zu tun haben.

Lohses

Unternehmerinitiative

oder wie sich Herr Lohse den Weg zum Reichtum vorstellt:

"Man gehe jeden zweiten Sonnabend zu einem HSV-Spiel ins Volksparkstadion und sammle hinterher die liegengeliebenen Flaschen ein. Diese verkaufe man. Von dem ersparten Erlös (wie lange das dauert hat Herr Lohse nicht verraten) richte man eine Würstchenbude ein.

Durch jahrelanges intensives Würstchenverkaufen hat man dann genügend Geld, um nach und nach eine Würstchenbudenkette aufzubauen ähnlich wie "Wienerwald".

Zugkräftiger Name: "Lohses Würstchen".

Sie sehen also, man braucht nur Ideen und Initiative.

Das ist kein Witz, das hat Herr Lohse tatsächlich von sich gegeben.

HAUNI - KLIM - BIM

Herausgeber: Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe
in der sozialistischen Opposition
Bergedorf

Verantwortlich: Ulli Lindemann, 205 Hamb.80

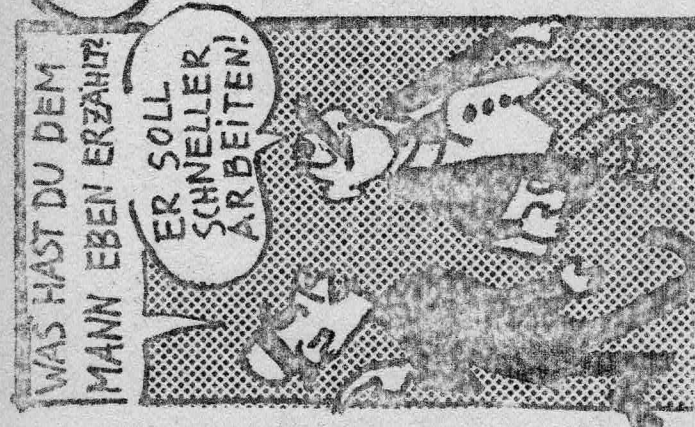
Gestaltung: Redaktionskollektiv

Druck: Eigendruck

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe trifft sich jeden Donnerstag um 20 Uhr in der Kampchaussee 6 - 8. Jedermann ist herzlich willkommen.

Spenden werden auf das Konto Nr. 097/74 738 bei der Hamburger Sparkasse von 1827 erbeten.

Telefonische Auskunft wird unter der Nr. 721 61 41 erteilt.



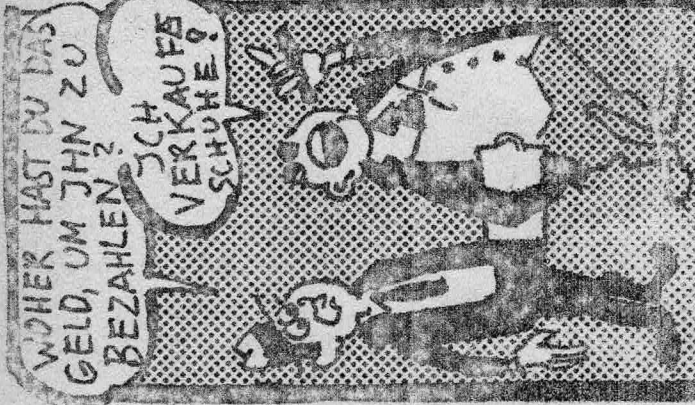
WAS HAST DU DEM
MANN EBEN ERZÄHRT?

ER SOLL
SCHNELLER
ARBEITEN!



WIEVIEL ZAHLT
DU IHM?

40 MARK
PRO TAG!



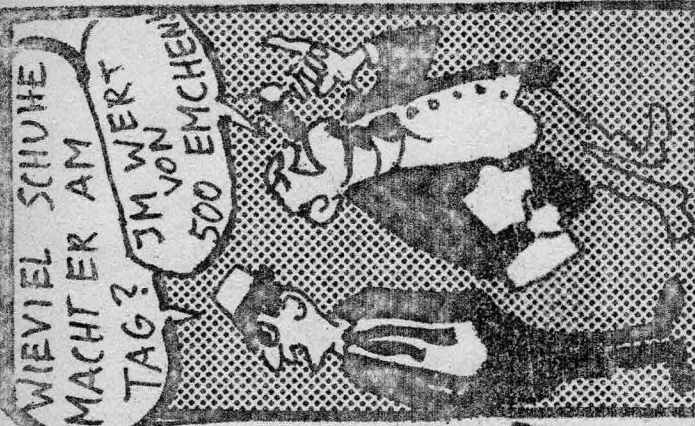
WOHER HAST DU DAS
GELD, UM IHN ZU
BEZAHLEN?

ICH
VERKAUFE
SCHUHE!



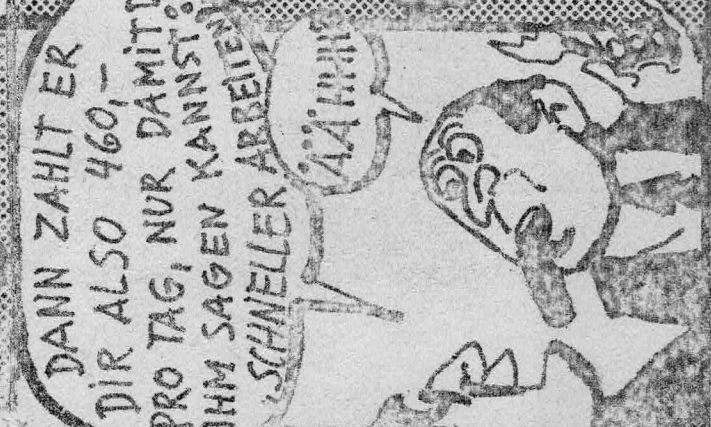
WER MACHT
DIE SCHUHE?

ER!



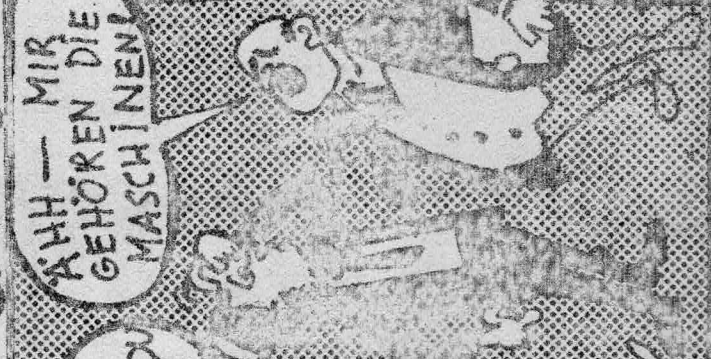
WIEVIEL SCHUHE
MACHT ER AM
TAG?

311 WERT
VON
500 EMCHEN!



DANN ZAHLT ER
DIR ALSO 460, -
PRO TAG, NUR DAMIT DU
IHM SAGEN KANNST:
"SCHNELLER ARBEITEN!"

424 MARK!

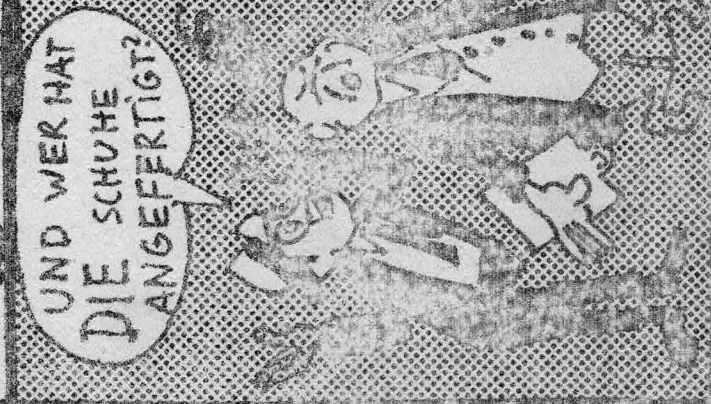


ÄHH — MIR
GEHÖREN DIE
MASCHINEN!

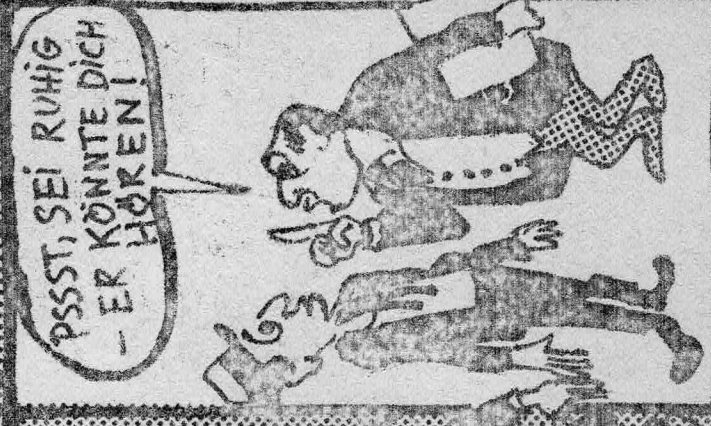


WIE HAST DU DIE
MASCHINEN
BEKOMMEN?

ICH HAB
FÜR DIE
SCHUHE
MASCHINEN
GEKAUFT!



UND WER HAT
DIE SCHUHE
ANGEFERTIGT?



PSST, SEI RUHIG
— ER KÖNNTE DICH
HÖREN!